



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 11. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales vom
05.07.2012

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Thomas Suttrup

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:10 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Zukünftige Rahmenbedingungen für die Offene Ganztagschule im Grundschulbereich in Lüdinghausen
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2012
Vorlage: FB 4/302/2012
2. Berichte
3. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

4. Berichte
5. Anfragen

Öffentlicher Teil:

**TOP 1) Zukünftige Rahmenbedingungen für die Offene Ganztagschule im Grundschulbereich in Lüdinghausen
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2012
Vorlage: FB 4/302/2012**

Stv. Havermeier erläutert den Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2012. Diesbezüglich wird auf diesen Antrag, der der Sitzungseinladung als Anlage beigefügt ist, verwiesen. Darüber hinaus weist Stv. Havermeier auf den als Tischvorlage verteilten Fragenkatalog der SPD-Fraktion vom 03.07.2012 ebenso wie auf den ebenfalls mit Tischvorlage vorformulierten Antrag der SPD-Fraktion vom 03.07.2012 zur Sitzung des BKS am heutigen Tag.

Frau Karasch stellt hierzu Abläufe und Hintergründe zur Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt im Bereich der OGS hinsichtlich notwendiger Sachverhaltsaufklärungen und Gespräche mit dem Träger der OGS, den Schulleitungen, der GPA und der Bezirksregierung dar. Nach einem abschließenden Gespräch zwischen der Grundschulleitungen, dem Träger der OGS sowie der Verwaltung am 26.06.2012 war allen Beteiligten klar, dass die bisherige Verfahrensweise im Rahmen der OGS zur Handhabung der Abholzeiten/Ausnahmeregelungen zum neuen Schuljahr 2010/2013 der Erlasslage angepasst werden musste. Um ein Angebot nach den Sommerferien sicherzustellen, wurde zur Abfrage des Bedarfs und zum Abschluss der neuen Betreuungsverträge ein enger Zeitrahmen gewählt. Frau Karasch hebt nochmals die Stellung der Bezirksregierung Münster zur Erlasslage in Bezug auf den Umgang mit den Abholzeiten hervor. Bei einer Abwesenheit von 2 von 5 Tagen der Teilnahme an dem OGS-Angebot wird so ein Verhalten für nicht mehr richtlinienkonform gehalten.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Stv. Schnittker bedauert und kritisiert die durch die Erlasslage vorgegebene Situation. Ebenso werden fraktionsübergreifend insbesondere Veränderungen der Betreuungszeiten der kurzen Gruppen dahingehend angeregt, dass dort auch eine Ferienbetreuung sowie die Einnahme des Mittagessens möglich sein soll.

Frau Karasch teilt die zurzeit aktuellen Anmeldezahlen (44 kurze Gruppen/151 OGS) mit und führt aus, dass zunächst die neue Betreuungssituation finanziell zu prüfen sei und

anschließend Kosten für zusätzliche Angebote zur Einnahme des Mittagessens sowie für eine Ferienbetreuung ab den Herbstferien ermittelt werden können.

Auf die Anfrage von Stv. Havermeier, ob die ab dem neuen Schuljahr geltenden Betreuungsverträge nicht erst im Oktober gelten können, antwortet Frau Karasch, dass die Fördermittel ebenso wie die vertragliche Vereinbarung mit dem Träger der OGS auf das Schuljahr bezogen sind.

Stv. Wischnewski stellt den Antrag, dass die Verwaltung eine Resolution auf Basis und im Sinne des Schreibens des Bürgermeisters an Frau Schulministerin Löhmann verfassen soll, die dann in der nächsten Sitzung des Stadtrates verabschiedet wird.

St. Havermeier unterstreicht dieses und bittet darum, das Land aufzufordern, mehr Flexibilität bei der Betreuung der Kinder zu ermöglichen.

Vor einer Beschlussfassung beantwortet Frau Karasch den von der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 03.07.2012 aufgeführten und als Tischvorlage vorliegenden Fragenkatalog wie folgt:

zu 1) 5 schriftliche Anfragen sowie rund 30-40 mündliche und fernmündliche Anfragen in der Verwaltung, bei den Schulleitungen sowie beim LOMP.

zu 2) Die GPA prüft die Stadt und nicht den Träger der OGS. Dadurch, dass die Verträge zukünftig mit der Verwaltung geschlossen werden, wird die Situation vor Ort für die Verwaltung transparenter.

zu 3) Wie bisher, aufgrund einer etwaigen neuen Gruppenstruktur ist der Personalschlüssel neu zu berechnen.

zu 4) Ja

zu 5) Es tritt keine Veränderung ein, der bisherige Träger wird die Betreuung fortführen.

zu 6) Im Einzelfall kann die Frist verlängert werden.

zu 7) Nach Auskunft des LOMP ist durch die Gewährung der Betreuungspauschale durch das Land in Höhe von 5.500 € pro Grundschule im Schuljahr sowie durch die Erhebung der Elternbeiträge lediglich die Finanzierung einer Gruppe von 25 Kindern möglich. Der Umfang einer darüber hinausgehenden Finanzierung wird geprüft.

zu 8) Sofern Anmeldungen von über 25 Kindern vorliegen, so wird eine Warteliste erstellt. Stv. Schäfer regt hierzu an, dass dann nicht nach dem Zeitpunkt der Anmeldung sondern nach sozialen Gesichtspunkten (Härtefallregelungen) ausgewählt werden soll.

zu 9) Hierzu wurde in Absprache mit dem LOMP ein erstmaliges Berechnungsmodell (siehe hierzu auch Frage 7) zu Grunde gelegt. Auch hier wird der finanzielle Aufwand für die Angebotserweiterung der Einnahme eines Mittagessens geprüft.

zu 10) wie vor. Eine Quersubventionierung einer Ferienbetreuung für die Kinder der kurzen Gruppen aus den Zuwendungen zur OGS, die eine Ferienbetreuung beinhalten, ist nicht möglich, so dass auch hier ein finanzielles Konzept zu erstellen ist.

SkB. Vörding bittet zu prüfen, ob nicht eine Betreuungspauschale von zwei Schülern (z. B. ist jeder Schüler dann 2 ½ Tage in der OGS anwesend) in Anspruch genommen werden kann. Frau Karasch sagt einer Überprüfung zu.

Zum Abschluss der Diskussion erteilt der Ausschussvorsitzende einer im Zuschauerraum anwesenden Mutter das Wort. Sie führt aus, dass nicht nur die Probleme der kurzen Gruppen, sondern aus Ihrer Sicht insbesondere die unflexible Vorgabe der Abholzeiten in der OGS in den Fokus rücken sollten. Darüber hinaus erklärt sie die Bereitschaft auch im Namen weiterer Eltern, sich stärker finanziell an den Betreuungsangeboten zu beteiligen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird zur nächsten Sitzung des Stadtrates beauftragt, eine Resolution auf Basis des Schreibens des Bürgermeisters vom 25.06.2012 an Frau Schulministerin Löhrmann mit der Bitte nach mehr Flexibilität bei der Betreuung der Kinder im Rahmen der OGS vorzubereiten.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt folgende Punkte zu prüfen:

- Betreuung der kurzen Gruppe bis 13.30 Uhr inkl. Mittagessen, ggf. unter zumutbarer Zuzahlung der Eltern
- Betreuung der kurzen Gruppe bis 13.30 Uhr inkl. Ferienbetreuung
- Erstellung eines Konzeptes zum Schuljahr 2013/2014, das dem ermittelten Bedarf der betroffenen Familien entspricht, das im größtmöglichen Einklang mit dem Erlass steht, das ggf. auch Alternativen zur Förderung durch das Land benennt und das ggf. rechtzeitig mit den Eltern und der Politik kommuniziert werden kann.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, alle oben genannten Anregungen zu prüfen.

Die Ergebnisse der Prüfungen werden bis zum Schuljahresbeginn 2012/2013 den Ausschussmitgliedern mitgeteilt.

- einstimmig -

TOP 2) Berichte

- Keine -

TOP 3) Anfragen

Stv. Schnittker erkundigt sich nach einer Neuregelung zur Reinigung an den Grundschulen und fragt, warum in den Sommerferien keine Grundreinigungen mehr durchgeführt werden. Frau Karasch antwortet, dass schon seit mehreren Jahren keine Grundreinigungen mehr zusätzlich zu den Reinigungsintervallen verrichtet werden. Herr Bürgermeister Borgmann ergänzt, dass diese Vorgehensweise aus finanziellen Gründen im Aufwandbereich notwendig wurde.

Thomas Suttrup
Vorsitzende/r

Michael Pieper
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 11. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales

der Stadt Lüdinghausen am 05.07.2012

anwesend:

CDU-Fraktion

Höring, Volker	
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	entschuldigt
Schäper, Gabriele	
Schnittker, Alois	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Vörding, Claudia	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	vertreten durch Spiekermann-Blankertz, Michael
Kocar, Karl-Heinz	vertreten durch Havermeier, Susanne

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haase, Mathilde	
Möller, Norbert	zu TOP 0 und 0.1 vertreten durch Mönning, Peter
Mönning, Annette	

UWG-Fraktion

Bontrup, Florian	
Wischnewski, Susanne	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	vertreten durch Borgmann, Rafael

FDP-Fraktion

Schäfer, Sabine	vertreten durch Schäfer, Gregor
Schotten, Peter Dr.	vertreten durch Zanirato, Enrico

Beratende Mitglieder

Kertelge, Michael	
Kreutz, Stephan	entschuldigt

Von der Verwaltung:

Borgmann, Richard
Karasch, Christine
Pieper, Michael